

deutlicher Seite an die russische Regierung oder die russische Administration ergangen ist. Das ganze Geschehne ist grandios. Von deutscher Seite hat keine Warnung geheißen, auch verdeckte Widersetzungen, daß Angriffe durch Männer und Tiere oder Bergleute gegen die russische Offizierskette geplant waren, nicht gemacht worden. Wir wissen nicht, ob es von einer anderen Seite Warnungen angegangen sind und welche Bedeutung ihnen für die Beurteilung des Geschehens von Gott belägen. Das kann es nicht sein, wenn die demokratische internationale Unternehmungskommission die Raffinerie dieses Punktes als einen Teil ihrer Aufgabe erachten würde.

Das offizielle Blatt schreibt ferner:

Der Führer des Reichsministers „Sonntag“ hat über das Zusammentreffen seines Schiffes mit dem russischen Kriegsschiff in der Nordsee am 21. Oktober vor dem Hohenmeister im Reichstag eine Erklärung zu Protokoll gegeben, in der über die Beleidigung des „Sonntag“ älterer Angaben enthalten sind. Diese Erklärung ist gleichzeitig mit dem Auftage der Redaktion des Schiffes auf Ertrag des Reichsministers, dem Vertrag noch schwierigstellenden Schadens am 20. Oktober den Reichstag am Tag vom Regierungssitzbesuch in Stade eingegangen. Am 2. November wurde der Vorfall bei der tschechisch-russischen Regierung zur Sprache gebracht. Sie hat bereitwillig sofortige Untersuchung des Geschehens und volles Schadensatz zugesagt.

Wir verstehen hierbei zweierlei nicht, einmal, warum man die Erklärung des Kapitäns vom „Sonntag“ erst auf dem Umweg über das Stader Regierungssitzbesuch von Reichsmünder nach Berlin kommen ließ, statt sie in diesem Falle direkt einzufordern, und zweitens nicht, weshalb man über eine Woche verzögert ließ, bevor man die Deffensivität überhaupt beurteilte, in welchem Stadium sich die Angelegenheit befand.

\* \* \* \* \* Zappische Auskunft des Wahlrechts. Wegen Wahlöffnung ist am 15. Dezember v. J. vom Landgericht Leipzig der Bauer Friederich Hermann Leonhardt in Dahlem zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er bei der Reichstagswahl im vorigen Jahre an zwei Orten gewählt hatte. In Dahlem, wo er seinen Wohnsitz hat, und in Neudorf, wo er in Arbeit stand, war er in die Wählerliste eingetragen worden und hatte dann in Neudorf und später bei der Stichwahl in Dahlem gewählt. Seine Abstimmung gegen das Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen, da eine Schwabung kein schändlicher Wahlhut, sondern nur eine Fortsetzung der Hauptwahl sei.

\* Der „Patriotismus“ der Sozialdemokratie wird in der „Welt“ treffend durch folgende Ausführungen charakterisiert:

„Sie habe zu Anfang dieses Jahres den Anschein, als ob die Sozialdemokratie gegenüber unseren Schwesterparteien in Südtirol eine ruhigere und patriotischere Haltung eingenommen habe, als man sonst bei ihr gewohnt ist. Erstens ist doch jünger Stimmen der Bevölkerung innerhalb der Sozialdemokratie, welche es für eine Pflicht Deutschlands erklärten, den ungünstlichen Landesleuten dort zu helfen zu können. Über das Prinzip trug schließlich über solche rollenwirksame Seitenlinie den Weg davon und die Reichstagsfraktion lehnte die Mittel zur Unterdrückung des Herreraufstandes ab. Doch dieser Einmischung muß es Wunder nehmen, daß jetzt gerade die Sozialdemokratie Hamburgs, welche zu dem Aufstandsgebiet so viele Begehrungen unterhält, einen besonders scharfen Beschluß gegen die Unterdrückung des Aufstandes vernehmen. Nachdem bereits vor einiger Zeit von Seiten der sozialdemokratischen Parteileitung öffentlich aufgerufen worden war, in den Tagen vom 6. bis 8. November keine Versammlungen anzuberaumen, ist jetzt bekannt gegeben, daß an diesen Tagen in Hamburg und nächster Umgebung nicht weniger als dreizehn gerechte Protestversammlungen gegen die Kolonialpolitik und den Herreraufstand abgehalten werden sollen, und zwar mit der Tagessordnung: Feuer und Schwert in Afrika. Man wird in der Annahme nicht bestreiten, daß es sich hierbei wesentlich darum handelt, die einzige Reaktion der Reaktionen, jah als Freiwillige für die Schutztruppe zu treiben, zu kämpfen und damit der Heeresverwaltung bei der Bekämpfung des Aufstandes in den Rücken zu fallen. Man kann gewiß verschiedene Ansichten über die Kolonialpolitik und den Herreraufstand sein. Doch über im gegenwärtigen Moment solche Kundgebungen, wie die geplanten, im höchsten Grade unverantwortlich sind, das wird hoffentlich auch mancher Sozialdemokrat empfinden.“

Wander Sozialdemokrat gewinnt, aber die Sozialdemokratie ganz sicher nicht.

— Wie die „Welt“ sagt, auf Preßberen erfuhr, daß dort Verschwörungen im Gang, eine jährlinge Tagessordnung zu schaffen, die die Interessen der deutschen Gewerbevereine im Kampf gegen die Sozialdemokratie vertreten soll. Es soll in dem neuen Blatte besonders der Beweis geführt werden, daß die Bevölkerung, die Sozialdemokratie ist die einzige und bestreite Verfehlung der Gewerbevereine, umso sei.

\* Berlin, 8. November.

\* Aus der Kammerkommission. Auf der Tagessordnung der heutigen Sitzung stand die Beratung des Abhördienstes Dortmund-Rhein in der Kammervorlage. Vor Eintreten in die Tagessordnung hielt Verkehrsminister von

Sünd einen längeren Vortrag über die Überlastung der Eisenbahnen im Industriegebiet und die Bedeutung des gesamten Kanals zur Abschaffung dieser Überlastung. Einige Bahnhöfe des Industriegebietes liegen an der Grenze der Festungsähnlichkeit angelangt. Eine neue Güterbahn würde nur mit außerordentlich großen Kosten herstellbar sein. Neue Sammelstationen seien schwierig, wenn überhaupt möglich. Der Kanal werde dezentralisiert, dazu sei aber nicht nur der Kanal von Dortmund nach dem Rhein, sondern auch derjenige zur Leine erforderlich. Man müsse den Kanal nicht bloß vom Standpunkt der Tore aus betrachten, und es kommt im wesentlichen nicht darauf an, dem Industriegebiet billige Brachten zu beschaffen, vielmehr läßen wesentlich allgemeine Interessen in Frage. Nach diesen Ausführungen des Ministers wird in die Tagessordnung eingetragen. Entgegen dem Antrage, die Abgabenerhebung auf den regulierten Stromen von der Tagessordnung abschaffen, wird mit überwiegend der Mehrheit beschlossen, auch diesen Punkt mit zu verhandeln. Minister v. Budden erklärt, es sei der Wunsch des Reichskanzlers, daß die Verhandlungen hinsichtlich der Abgaben vertraglich behandelt würden, weil Reichsinteressen mit in Frage ständen. Die Kommission beschließt demgegenüber, hierauf die Diskussion der Frage, betreffend das Schleppmonopol, zu dem ein Antrag des Reichsverkehrsministers vorliegt, auf dem Kanal vom Rhein nach Hannover einen einheitlichen Industriekanal einzurichten. Nach weiterer Debatte, an der sich der Finanzminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten beteiligten, wurde mit 17 Stimmen der Antrag auf Einführung des staatlichen Schleppmonopols auf dem Kanal Rhein-Hannover angenommen. Damit dürfte eine Älterung der Sage eingetreten sein. Die Freunde des Kanals werden nun hoffentlich einleben, doch auf diese Weise den Konkurrenz der Kanal in brauchbare Geistigkeit nicht abzuhandeln und das mit dem Kompromißpolitik nichts zu erreichen ist. Die Kommission hat es abermals fertig gebracht, aus der Handlungslage eine Force zu machen. Ihr auf diesem Wege zu folgen, sollte als unverdächtig angesehen werden. D. R. d.)

\* Zu den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen. In Wien fanden am Sonntag bezüglich des deutsch-österreichischen Handelsvertrags in einer Konferenz der Vertreter des Monarchie mit den deutschen Delegierten statt. Wenn auch über die Detailverhandlungen nichts Richtiges bekannt gegeben wurde, so treten, nach der „R. S. G. B.“ doch schon einzelne Grundlinien des Vertrages etwas deutlicher hervor. So ist die Dauer des Vertrages bereits als feststehend zu betrachten. Der Vertrag soll einen zwölfjährigen Zeitraum umfassen, welcher vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1918 reicht. Dieselbe Vertragsdauer wurde im Jahre 1891 vom Grafen Caprivi festgesetzt.

\* Zum Geleitstück des Grafen Büßler. An der Rundschlagsitzung des „Dresdner“ Büßler-Schiffahrtsvereins begannen die Gerichte jetzt ernstlich zu zweifeln

wie aus folgender Meldung hervorgeht:

In der Privatfehdungsmaßlung des Grafen Büßler gegen den Redakteur der „Mittellungen“, Organ des Vereins zur Abwehr des Antiklerikalismus, Kurt Bürger und den Schriftsteller Emil Brandt erkannte das Schiedsgericht auf Antrag der Vertragslinie, die Verhandlung auszusetzen, da der Reichshof die Überzeugung erlangt habe, daß noch dem vorliegenden Material, insbesondere nach den gerichtsgerichtlichen Reden des Büßlers, die Zeige nicht normal sei. Da der Reichshof ohne Einspruch eines Sachverständigen kein Urteil fällen könne, so sei das von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts gegen den Büßler eingetretene Strafverfahren abzumelden, da anzunehmen wäre, daß in diesem die nämlichen Schritte zwecks Feststellung der Rundschlagschuldigkeit des Büßlers unternommen werden würden.

\* Niel, 8. November. Das Oberlandesgericht Niel erkannte heute dem Riffius in dem von der Stadt Niel gegen den Riffius angestraften Prozeß das Eigentumsrecht des Nieler Büffels wieder. Die Klage der Stadt wurde feststehend abgewiesen. Das Gericht erachtete den Radweiss nicht für erbracht, daß der Stadt das Eigentumsrecht verliehen worden ist.

\* Niederrhein. Infolge von Angriffen auf den Gemeindebewohnmäßigten Prof. Büßler war eine Ausstrahlungswelle aus dem katholischen Kirchenverein entstanden. Jetzt erläutern die nichtkirchlichen Vorstandsmitglieder des katholischen Kirchenvereins, des größten kirchlichen Vereins, sowie des Bingenvereins, den Angriffen gegen Prof. Büßler vollständig herauszuladen, und erheben Einspruch gegen die Annahme des Büßlers, namens der katholischen Vereine aufzutreten. Daraus erhebt, wie die nämlichen Schritte zwecks Feststellung der Rundschlagschuldigkeit des Büßlers unternommen werden müssen.

\* Aachen, 7. November. Infolge von Angriffen auf den Gemeindebewohnmäßigten Prof. Büßler war eine Ausstrahlungswelle aus dem katholischen Kirchenverein entstanden. Jetzt erläutern die nichtkirchlichen Vorstandsmitglieder des katholischen Kirchenvereins, des größten kirchlichen Vereins, sowie des Bingenvereins, den Angriffen gegen Prof. Büßler vollständig herauszuladen, und erheben Einspruch gegen die Annahme des Büßlers, namens der katholischen Vereine aufzutreten. Daraus erhebt, wie die nämlichen Schritte zwecks Feststellung der Rundschlagschuldigkeit des Büßlers unternommen werden müssen.

\* Berlin, 8. November.

\* Aus der Kammerkommission. Auf der Tagessordnung der heutigen Sitzung stand die Beratung des Abhördienstes Dortmund-Rhein in der Kammervorlage. Vor Eintreten in die Tagessordnung hielt Verkehrsminister von

## Leipziger Tageblatt.

## Flotte.

\* Schiffsbewegungen: Der Transport der von den Schiffen des Kreuzergeschwaders abkommenen Offiziere und Mannschaften ist mit dem Reichspostdampfer „Sachsen“ am 7. November in Kiel eingetroffen und das am 8. November die Flotte nach Flensburg eingetroffen und geht am 10. November von dort nach Cuxhaven in See. S. M. S. „Bogor“ ist am 7. November in Flensburg eingetroffen und geht am 8. November wieder in See. Postaus für S. M. S. „Olga“ vom 10. November vormittags bis 23. November vormittags verstreut, dann bis auf weiteres abwechseln.

\* Das Vereinigte Bürger-Wahlcomité wird auch in diesem Jahre wieder bei den Stadtverordnetenwahlen der ersten Abteilung in den Kampf eintreten. Getrennt keinen Verhältnis in der zweiten Abteilung schlägt es vor allem bisher bewährte Kräfte zur Wiederwahl vor. Unter diesen Kräften ist namentlich die Wiederauflistung der Herren Kaufmann Vogel, Architekt Weidenbach, Direktor Dr. Roth und ein Rechtsanwalt Dr. Ansdorff erfolgt (ähnlich unangefochten). Von diesen Herren gehört der Erwähnte dem Stadtverordnetenkollegium jetzt mindestens 22 Jahren an, und seine Verdienste, namentlich um das Vorwählen unserer Stadt, sind groß, daß seine Erhaltung als Vertreter der Stadt dem Comité und den Bürgern als eine dringende Pflicht erscheinen darf.

Als Kaufmänner auf dem Gebiete des Bauwesens, der Finanzen und des Rechtsweises haben sich die Herren Baumeister Weidenbach, Direktor Dr. Roth und Rechtsanwalt Dr. Ansdorff bemüht. Was die neu aufgestellten Kandidaten betrifft, so war das Comité bestrebt, die Wahl auf Männer zu richten, von denen es sich ohne weiteres vertrauen ließ, daß sie das Gesamtwohl der Bevölkerung bei allen ihren Abstimmungen zur Sicherung bringen werden. Peterson war hierbei der Gedankenpunkt hervorzuheben, daß eine neue Wahlbefreiung der Bürgerfamilie vermieden werde, denn die Steuern sind auch in den oberen Einkommensklassen, so hohe geworden, daß ein stärkeres Organisches gar nicht gebaut werden kann, wenn man nicht riskieren will, daß wohhabende Kreise sich nach auswärts wandeln. Das ist ein Grund, und momentan Angehörige des Kaufmannsstandes und der Industrie aufzustellen werden, wie die Herren Verlagsbuchhändler Henckel, Buchdrucker Tiegel und Kaufmann Hanen, während die Herren Baumeister Weidenbach und Architekt Thiemann nicht mehr vorkommen.

Die Wahl ist am 27. November abzuhalten, und am 28. November wird die Wiederwahl bestimmt.

\* Ein 27-jähriges Jubiläum feiert die Börse in Leipzig.

Die Börse in Leipzig feiert

ein 27-jähriges Jubiläum.

Die Börse in Leipzig feiert

ein 27-jähriges Jubiläum.